

FRANZISKA VILMAR

## 5 Fragen – 5 Antworten

### **allmende:**

Frau Vilmar, die »Flüchtlingsströme« sind in den letzten zwei Jahren stark angestiegen – war das abzusehen?

### **Franziska Vilmar:**

Ja. Spätestens mit dem arabischen Frühling, vor allem aber durch den Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien Anfang 2011 war deutlich, dass es zu einer größeren Fluchtbewegung kommen würde. Deshalb hat Amnesty schon seit einigen Jahren insbesondere gegenüber den hiesigen Behörden auf die steigenden Flüchtlingszahlen hingewiesen. Das händeringend benötigte Personal im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist viel zu spät eingestellt worden. Aber auch bei der Unterbringung der Asylsuchenden durch die Kommunen sieht man, wie lange die Verantwortlichen geschlafen haben. Bis Mitte 2014 registrierte der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees – UNHCR) weltweit über 56,7 Millionen Menschen auf der Flucht – so viele wie seit dem

2. Weltkrieg nicht mehr! Grund dafür sind vor allem die Anzahl und das Ausmaß von Kriegen und Konflikten. Der überwiegende Teil der Menschen sucht innerhalb des eigenen Landes Schutz. Allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2014 wurden 5,5 Millionen Menschen durch Krieg, Gewalt und Verfolgung in die Flucht getrieben. Die meisten Flüchtlinge kommen jedoch nicht nach Deutschland oder Europa, sondern bleiben in ihren Nachbarländern. Insgesamt nehmen sogenannte Entwicklungsländer inzwischen 86% aller Flüchtlinge auf – Tendenz steigend. Mit anderen Worten: Länder wie Pakistan, Iran, Libanon oder Kenia, in denen es viel weniger Ressourcen gibt als bei uns, leisten durch ihre Aufnahmebereitschaft den allergrößten humanitären Beitrag für Flüchtlinge. Auch die Türkei ist hier zu nennen, durch die Aufnahme von über 1,6 Millionen syrischen Flüchtlingen.

### **allmende:**

Wie hoch ist der Anteil politischer Flücht-

linge? Aus welchen Ländern kommen sie hauptsächlich?

**Franziska Vilmar:**

Ihre Frage arbeitet mit dem veralteten Begriff des »politischen« Flüchtlings, wie es die Politik leider auch oft tut. Es geht Ihnen aber sicherlich darum zu verstehen, wie viele der Menschen, die zu uns kommen, tatsächlich Schutz brauchen. Dieser Anspruch auf internationalen Schutz ist im Europarecht in der sogenannten Qualifikationsrichtlinie sehr genau geregelt und geht über den im Grundgesetz verwandten Begriff des »politisch Verfolgten« deutlich hinaus. Flüchtling nach der Genfer Flüchtlingskonvention ist, wer sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe außerhalb des Landes (Herkunftsland) befindet, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt und dessen Schutz er nicht in Anspruch nehmen kann. Aber ebenfalls zu schützen ist auch, wem – obwohl er kein Flüchtling nach dieser Definition ist – bei seiner Rückkehr ins Herkunftsland Gefahr für Leib und Leben droht, weil er z. B. eingesperrt oder gefoltert würde.

Im Jahr 2014 haben nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) von allen Personen, die einen Antrag auf internationalen Schutz gestellt haben, insgesamt 28,4% Schutz erhalten. Die Gesamtschutzquote für die zehn Hauptherkunftsländer, also die Länder, aus denen die meisten Antragsteller kamen, lag sogar bei 33,7%. Bei den »abgelehnten« Anträgen gibt es aber stets einen hohen Anteil an unzulässigen Anträgen, weil die Antragsteller nachweislich aus einem anderen

EU-Mitgliedsstaat eingereist sind, der für deren Asylverfahren zuständig ist. Mithin ist die bereinigte Schutzquote (d. h. nur die Fälle, in denen der Schutz inhaltlich auch geprüft worden ist) weit höher und lag auch im Jahr 2014 bei über 50%.

Die meisten Antragsteller im Jahr 2014 kamen aus den folgenden zehn Ländern: Syrien, Serbien, Eritrea, Afghanistan, Albanien, Somalia, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Russische Föderation, Irak.

**allmende:**

Was können und sollten die Länder und Kommunen tun?

**Franziska Vilmar:**

Angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen weltweit, in der Europäischen Union und auch in Deutschland muss die Politik insgesamt die Aufnahmebereitschaft in den Vordergrund stellen und darf nicht Stimmung machen. Aktuelle Gesetzesentwürfe des Bundesinnenministeriums zur Verschärfung des Aufenthaltsrechts tragen nicht dazu bei. Es muss einen viel stärkeren Dialog mit der aufnehmenden Gesellschaft geben. Die vielen Bürgerinitiativen für Flüchtlinge sollten auch ideelle Unterstützung erfahren. Die Kommunen müssen ihre Versäumnisse bei der Unterbringung von Flüchtlingen schnellstmöglich beseitigen. Auch die medizinische Versorgung von Asylsuchenden bleibt ein großes Problem, da das Asylbewerberleistungsgesetz nur eine Gesundheitsversorgung bei akuten Schmerzzuständen vorsieht. Amnesty International setzt sich dafür ein, dass das Asylbewerberleistungsgesetz abgeschafft wird, da es diskriminiert.



**allmende:**

Was können literarische Institutionen beitragen, um die Öffentlichkeit über die Situation von Asylsuchenden und Flüchtlingen aufzuklären?

**Franziska Vilmar:**

Literarische Institutionen können auf jeden Fall dazu beitragen aufzuklären: Viele kennen weder die Fluchtgründe der Menschen noch können sie sich die Entbehrungen während der Flucht vorstellen. In der Literatur kann das Thema Flucht anhand von Einzelschicksalen besonders gut dargestellt werden. Zu denken wäre auch an die Inszenierung öffentlicher Lesungen, das Bewerben von Theaterstücken zum Thema Flucht oder die Veranstaltung von Diskussionsabenden mit Flüchtlingen.

**allmende:**

Was sind die konkreten Initiativen von Amnesty International?

**Franziska Vilmar:**

Amnesty International konzentriert sich in erster Linie auf die Verletzungen von Menschenrechten von Migranten und Flüchtlingen an den europäischen Außengrenzen. Dazu haben wir in den vergangenen Jahren verschiedene Berichte veröffentlicht. Dabei stand die Zusammenarbeit zwischen Italien und Libyen bei der Migrationskontrolle im Vordergrund sowie die illegalen Zurückweisungen von Migranten und Flüchtlingen durch die griechische Küstenwache und die Abschottungspolitik der Europäischen Union ganz generell. Seit der Bootstragödie von Lampedusa im

Oktober 2013, bei der über 360 Menschen vor der italienischen Küste ihr Leben verloren, setzt sich Amnesty vor allem für mehr Seenotrettung im Mittelmeer ein. Mit konkreter Lobby- und Medienarbeit hierzu aber auch mit Aktionen zum Nationalen Flüchtlingstag und der aktuellen Petition ([www.amnesty.de/sos-europa](http://www.amnesty.de/sos-europa)) engagieren wir uns europaweit im Rahmen unserer S.O.S. Europa-Kampagne. Wir fordern die europäischen Mitgliedsstaaten dazu auf, gemeinsam Verantwortung für die Seenotrettung von Menschen zu tragen, die dazu gezwungen sind, mit seeuntauglichen Booten über das Mittelmeer nach Europa zu fliehen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass insgesamt mehr legale und sichere Zugangswege nach Europa für Schutzsuchende geschaffen werden.

**allmende:**

Wie schätzen Sie die Entwicklung in diesem Jahr und in den folgenden Jahren ein?

Steigt die Anzahl der Asylsuchenden weiter an?

**Franziska Vilmar:**

Solange es der Weltgemeinschaft nicht gelingt, Konflikte wie zum Beispiel in Syrien mit vereinten Kräften zu stoppen, ist davon auszugehen, dass die Zahl der Flüchtlinge weiter steigen wird. Die Prognosen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge sollten in erster Linie dazu dienen, sich in der Praxis auf eine erhöhte Zahl einzustellen und entsprechend Personal für die Asylverfahren bereitzustellen sowie für die menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden zu sorgen. Sie sollten nicht dazu verwandt werden, »Das-Boot-ist-voll«-Debatten anzuzetteln. Wenn man sich die Leistung vom Libanon anschaut, der mit einer Bevölkerung von 4,3 Millionen Einwohnern seine Grenzen für über eine Millionen syrischer Flüchtlinge geöffnet hat, dann ist hier noch lange keine Belastungsgrenze erreicht.



**FRANZISKA VILMAR** studierte Jura in Potsdam, Berlin, Paris und Edinburgh. Nach Abschluss ihres Studiums war sie sechs Jahre lang als wissenschaftliche Mitarbeiterin sowohl im Menschenrechts- als auch im Rechts- und Innenausschuss des Bundestags beschäftigt. Seit 2012 ist Franziska Vilmar Referentin für Asylpolitik und Asylrecht der deutschen Sektion von Amnesty International.